

**NOTES  
DE L'IFRI**

VISIONS FRANCO-ALLEMANDES, NR. 37



SEPTEMBER  
2025

# **Zwischen Vorstellung und gelebter Realität: die deutsch-französische Grenze als europäisches Zukunftslabor**

Claire DEMESMAY



Studienkomitee  
für deutsch-  
französische  
Beziehungen  
(Cerfa)

In Kooperation mit:



Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über zentrale internationale Fragen informiert und einen Diskussionsrahmen bietet. Von Thierry de Montbrial 1979 gegründet, ist das Ifri eine Stiftung, die als gemeinnützig anerkannt wird (Dekret vom 16. November 2022). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch interdisziplinär angelegte Studien und Debatten bringt das Ifri Entscheidungsträger und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Die Tätigkeiten des *Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen*, [Cerfa](#) (Forschung und Veröffentlichungen) werden vom Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und vom Planungsstab des Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères gefördert.



Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen liegen in der alleinigen Verantwortung des Autors und stellen nicht notwendigerweise die Meinung und die Ansichten der Konrad-Adenauer-Stiftung dar.

ISBN: 979-10-373-1130-6

© Alle Rechte vorbehalten, Ifri, 2025

Bild: Brücken über den Rhein zwischen Kehl und Straßburg, Luftaufnahme

© Markus Mainka/Shutterstock.com

#### **Diese Veröffentlichung zitieren:**

Claire Demesmay, „Zwischen Vorstellung und gelebter Realität: die deutsch-französische Grenze als europäisches Zukunftslabor“, *Visions franco-allemandes*, Nr. 37, Ifri, September 2025.

#### **Ifri**

27 rue de la Procession 75740 Paris Cedex 15 – FRANCE

Tel. : +33 (0)1 40 61 60 00 – Fax : +33 (0)1 40 61 60 60

Email: [accueil@ifri.org](mailto:accueil@ifri.org)

**Webseite:** [Ifri.org](http://Ifri.org)

# ***Visions franco-allemandes***

Die Reihe „*Visions franco-allemandes*“ erscheint seit 2003 und widmet sich der vergleichenden Analyse der deutsch-französischen Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „*Visions franco-allemandes*“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Sie sind wie auch die „*Notes du Cerfa*“ auf der [Internetseite des Cerfa](#) verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

## **Das Cerfa**

Das „[Comité d'études des relations franco-allemandes](#)“, zu Deutsch: [Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen](#), wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Es wird paritätisch durch das Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères und das Auswärtige Amt finanziert. Das Cerfa hat den Auftrag, Prinzipien, Bedingungen und Stand der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren. Durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare mit hohen Beamten, Experten und Journalisten sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses wird diese Aufgabe verwirklicht.

Paul Maurice ist Generalsekretär des Cerfa und gibt mit Marie Krpata und Jeanette Süß, Research Fellows, und Prof. Dr. Hans Stark, Berater für die deutsch-französischen Beziehungen, die Publikationen des Cerfa heraus. Catherine Naiker ist Assistentin im Cerfa.

# Über die Autorin

Nach Professuren an der Sciences Po Paris (2024/2025, Alfred-Grosser-Lehrstuhl) und an der Universität des Saarlandes (2023/2024, Europa-Gastprofessur) brachte **Claire Demesmay** ihre Expertise zuvor in führenden Positionen deutsch-französischer Institutionen ein: beim Deutsch-Französischen Jugendwerk (2021–2023) sowie bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), wo sie über zehn Jahre lang das Programm zu Frankreich und den deutsch-französischen Beziehungen leitete. Zuvor arbeitete sie am Institut français des relations internationales (Ifri) in Paris und an der Technischen Universität Dresden.

Claire Demesmay promovierte in politischer Philosophie an der Université Paris-Sorbonne und am Frankreich-Zentrum der TU Berlin und habilitierte sich in Deutschlandstudien. Ihre Forschung dreht sich um die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Europapolitik, die Außenpolitik beider Länder sowie um die Rolle der jungen Generation und der Zivilgesellschaft in den internationalen Beziehungen.

# Zusammenfassung

In Europa ist die Frage der Grenzen alles andere als nebensächlich. Nach Angaben des Europäischen Parlaments umfassen die Grenzregionen rund 40 % des Territoriums der Europäischen Union (EU), beherbergen 30 % ihrer Bevölkerung und erwirtschaften nahezu ein Drittel ihres Bruttoinlandsprodukts. Diese Gebiete, die lange als Randzonen galten, werden heute aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung sowie der sozialen, kulturellen und politischen Herausforderungen, die sie mit sich bringen, als strategisch bedeutsam anerkannt. Was einst als rein lokale oder regionale Realität erschien, ist zunehmend zu einem zentralen Thema der europäischen Politik geworden. Auch wenn sich die Situationen von Grenze zu Grenze unterscheiden, machen sie doch in besonderer Weise die strukturellen Herausforderungen der Integration sichtbar: die Anerkennung von Berufsqualifikationen, den grenzüberschreitenden Zugang zu sozialen Rechten oder den Umgang mit Mehrsprachigkeit.

Vor diesem Hintergrund widmet sich der Artikel der Grenzfrage und beleuchtet sowohl die konkreten Realitäten als auch die Vorstellungen, die sie prägen. Zunächst wird das allmähliche Verschwinden der materiellen Binnengrenzen betrachtet – jener Linien, die einst Staaten trennten und Symbole der Souveränität waren, im Zuge des europäischen Projekts jedoch zunehmend zu Räumen der Zusammenarbeit wurden. Getragen vom Ideal der Einheit verwandelte sich die Grenze im europäischen Diskurs von einem Hindernis in einen Ort des Austauschs und der Freizügigkeit – zumindest in der Vorstellung eines geeinten Europas. Dieses Symbol der Integration wird jedoch durch neue Rückzugsbewegungen in Frage gestellt. Während manche Grenzen verschwinden, werden andere wieder verstärkt: Die Außengrenzen gewinnen an Gewicht, während die Binnengrenzen weiterhin zentrale Bezugspunkte für die Gestaltung öffentlicher Politik und die Strukturierung nationaler Demokratien bleiben. Die wiederholte Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen verdeutlicht das fortbestehende Spannungsfeld zwischen Mobilität und Sicherheit, zwischen Offenheit und Abgrenzung.

Diese Ambivalenz zeigt sich besonders deutlich in den Grenzregionen. Sie sind nicht nur Orte des Austauschs und des Zusammenlebens, sondern auch Schauplätze von Spannungen und Konflikten – zentrale Verhandlungsräume, mit denen sich der zweite Teil dieser Studie auseinandersetzt. Abschließend befasst sich der Artikel mit der gelebten Erfahrung der Grenze anhand einer Fallstudie aus der deutsch-französischen Region Saarland-Mosel. Diese Grenze ist zwar einzigartig, doch ermöglichen die gesammelten Erfahrungsberichte einen Einblick darin, wie die Bevölkerung den Grenzraum im Alltag erlebt, durchquert und wahrnimmt.

# Résumé

En Europe, la question des frontières est loin d'être secondaire. Selon le Parlement européen, les régions frontalières couvrent environ 40 % du territoire de l'Union européenne (UE), concentrent 30 % de sa population et produisent près d'un tiers de son produit intérieur brut. Ces espaces, longtemps considérés comme des marges, sont aujourd'hui reconnus comme stratégiques, tant pour leur poids économique que pour les enjeux sociaux, culturels et politiques qu'ils soulèvent. Autrefois perçue comme une réalité strictement locale ou régionale, la vie à la frontière tend à devenir un véritable objet de politique européenne. Si les situations diffèrent d'une frontière à l'autre, elles mettent souvent en lumière de manière aiguë les défis structurels de l'intégration : reconnaissance des qualifications professionnelles, accès transfrontalier aux droits sociaux, ou encore gestion du plurilinguisme.

C'est dans cette perspective que l'article aborde la question frontalière, en s'intéressant autant aux réalités concrètes qu'aux imaginaires qui les traversent. Il revient d'abord sur l'effacement progressif de la matérialité des frontières intérieures, autrefois lignes de séparation entre États et symboles de souveraineté, progressivement reconfigurées comme espaces de coopération au sein du projet européen. Porté par l'idéal d'unité, ce processus a fait de la frontière non plus un obstacle, mais un lieu d'échange et de circulation – du moins dans le discours pro-européen. Ce symbole de l'intégration est toutefois fragilisé par des dynamiques de repli. Si certaines frontières s'estompent, d'autres se renforcent : les frontières extérieures prennent une importance croissante, tandis que les frontières intérieures demeurent des repères dans la gestion des politiques publiques et la structuration des démocraties nationales.

Les réintroductions récurrentes de contrôles aux frontières intérieures illustrent la tension persistante entre mobilité et sécurité, entre ouverture et délimitation. Cette ambivalence se manifeste particulièrement dans les régions frontalières. Celles-ci sont non seulement des lieux d'échange, de cohabitation, mais aussi de tensions et de conflit – des espaces de négociation par excellence, sur lesquels porte la deuxième partie de cette étude. Enfin, l'article s'intéresse à l'expérience vécue de la frontière à travers une étude de cas située dans la région franco-allemande de Sarre-Moselle. Bien que singulière, cette frontière permet de saisir, à travers les témoignages recueillis, la manière dont les populations vivent, traversent et imaginent l'espace frontalier au quotidien.

# Inhaltsverzeichnis

<b>EINLEITUNG.....</b>	<b>7</b>
<b>ABBAU DER GRENZEN – DAS HERZSTÜCK DES EUROPÄISCHEN PROJEKTS .....</b>	<b>9</b>
Vom Symbol der Macht zum Symbol des Miteinanders.....	9
Binnen- und Außengrenzen .....	11
<b>VERHANDLUNGSRAUM GRENZE.....</b>	<b>14</b>
Schengenraum und nationale Spannungsfelder .....	14
Zukunftslabor oder regionale Ausnahme? .....	16
Bedarfe erkennen und Experimentierfelder schaffen.....	18
<b>GRENZE ALS REALITÄT UND VORSTELLUNG .....</b>	<b>20</b>
Eurodistrict SaarMoselle – die Bevölkerung gestaltet mit .....	20
Zwischen Öffnung und Rückzug: Familien im Grenzgebiet.....	21
<b>SCHLUSSWORT .....</b>	<b>29</b>



# Einleitung

Zwar führte die europäische Integration zu einem schrittweisen Abbau der Binnengrenzen, doch ganz verschwunden sind diese nie. Die Corona-Pandemie machte ihr Fortbestehen auf drastische Weise sichtbar und ließ alte Spannungen wieder aufleben. Die zahlreichen Grenzschießungen zwischen Deutschland und Frankreich von März bis Juni 2020 sowie die daraus resultierenden Konflikte und sozioökonomischen Folgen wurden von der Bevölkerung beiderseits der Grenze als belastend und teils traumatisch empfunden. Auch der in den letzten Jahren zunehmende Trend zu erneuten Binnengrenzkontrollen zeigt, dass der historische Prozess des Grenzabbaus in Europa keineswegs als unumkehrbar gilt. Vor diesem Hintergrund kommt der im September 2024 beschlossenen und anschließend verlängerten Wiedereinführung der Grenzkontrollen – einem einseitigen Beschluss der deutschen Bundesregierung – eine erhebliche symbolische Bedeutung zu.

Parallel dazu schufen die Pandemie und die damit verbundenen Spannungen auch ein verstärktes Bewusstsein für die strategische Bedeutung von Europas Grenzregionen. Galt das Leben an der Grenze lange Zeit als lokal- oder regionalspezifische Thematik, wird es nun zusehends als europapolitische Herausforderung erkannt. Das EU-Parlament betonte, dass die Grenzregionen „(...) 40 % des Gebiets der Europäischen Union und 30 % ihrer Bevölkerung ausmachen, fast ein Drittel ihres Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften und immenses Potenzial zur Belebung ihrer Volkswirtschaften bergen.“<sup>1</sup> Neben ihrer hohen Symbolkraft teilen diese Regionen auch konkrete wirtschaftliche, soziale und kulturelle Herausforderungen. Allein in finanzieller Hinsicht schätzt das Parlament, dass die Hemmnisse für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit jährlich 457 Milliarden Euro an Kosten verursachen<sup>2</sup>. Grenzräume sind zweifellos mit eigenen, spezifischen Lebensrealitäten verbunden, die je nach Grenze unterschiedliche regionale Ausprägungen annehmen können. In diesen regionalen Besonderheiten zeigen sich zugleich zentrale strukturelle Herausforderungen der europäischen Integration, etwa bei der Anerkennung von Qualifikationen, dem Zugang zu Sozialleistungen oder im Umgang mit Mehrsprachigkeit.

Auch die jüngsten bilateralen Kooperationsverträge, die Frankreich mit Deutschland, Italien und Spanien einging, widmen der

---

1. Europäisches Parlament, „Grenzregionen in der EU: Reallabors der europäischen Integration“, Entschließung vom 15. September 2022, S. 4. Zitiert von Jean-Luc Sauron in seiner äußerst aufschlussreichen Studie, „Promouvoir la coopération transfrontalière pour une intégration européenne efficace“, Institut Terram, Juni 2024, S. 9.

2. BRIDGEforEU- Verordnung, verfügbar auf: <https://eur-lex.europa.eu>, S. 2.



grenzüberschreitenden Zusammenarbeit jeweils ein eigenes Kapitel. Beispielfähig lässt sich hier der Deutsch-Französische Vertrag von Aachen (2019)<sup>3</sup> nennen, in dem diese Thematik im Gegensatz zum Élysée-Vertrag von 1963 erstmals ausdrücklich berücksichtigt wurde. Neben erwartbaren Maßnahmen wie einer Verbesserung der Mobilität oder der Förderung der Zweisprachigkeit etabliert der Vertrag einen Deutsch-Französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ) – ein Gremium mit mehreren Entscheidungsebenen, das gemeinsame Strategien festlegen und regionale Handlungsprozesse verbessern soll<sup>4</sup>. Rasch legte auch die 2019 gegründete Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (DFPV) den Fokus auf die grenzüberschreitende Kooperation und verschafft ihr politischen Raum. Nicht ohne Grund entstammen ihre einflussreichsten Mitglieder von Anfang an aus Grenzwahlkreisen. Während der Pandemie war die DFPV ausgesprochen aktiv und plädierte gegenüber beiden Regierungen für einen Fokus auf Kooperation und auf ein Ablassen von nationalem Denken.<sup>5</sup> Zuletzt forderte sie im Juni 2025 die Schaffung eines deutsch-französischen Zentrums für digitale Innovation in der Grenzregion, um die Entwicklung strategischer Technologien voranzutreiben.

Dieser Artikel behandelt das Thema Grenzen aus europäischer Perspektive und untersucht die damit verbundenen Realitäten und Zukunftsperspektiven. Zunächst wird die schrittweise Aufhebung der physischen Grenzen behandelt, anschließend erfolgt eine Untersuchung der Grenze als Verhandlungsraum: als Ort der Begegnung, des Austauschs, des Zusammenlebens, aber auch der Spannungen und Konflikte. Schließlich widmet sich der Artikel in einer deutsch-französischen Fallstudie den Erfahrungen von Menschen, die die Grenze täglich überqueren oder in der Grenzregion leben. Aufgrund der besonderen Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen – geprägt von Konflikten, Versöhnung und schließlich enger Zusammenarbeit im Rahmen des europäischen Projekts – liefert die gemeinsame Grenze wertvolle Erkenntnisse für den europäischen Integrationsprozess. Die Studie konzentriert sich auf die Region Saar-Mosel, die aufgrund der starken politischen und medialen Aufmerksamkeit für die elsässische Grenze oft aus dem Blick gerät, sich aber durch eine eng verflochtene, alltagsnahe Zusammenarbeit auszeichnet.

---

3. Vertrag von Aachen über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration, 22. Januar 2019. Für eine Analyse der bisherigen Ergebnisse siehe M. Koopmann und T. Koepf (Hrsg.), „5 Jahre Aachener Vertrag: Eine Zwischenbilanz“, *Genshagener Papiere*, Nr. 30, Januar 2024.

4. Siehe C. Gräber und V. Müller, „Le Comité de coopération transfrontalière (CCT) franco-allemand : de la coopération à l'intégration dans l'espace transfrontalier“, *Allemagne d'aujourd'hui*, Nr. 244, S. 24-35.

5. Siehe Beschluss vom 22. September 2020 „Gemeinsam gegen die Corona-Pandemie – die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Pandemiebekämpfung auf dem Weg zu einer europäischen Gesundheitsunion stärken“. Wenige Monate davor (Mai 2020) fand vor der DFPV eine Anhörung der Innenminister C. Castaner und H. Seehofer zum Thema der Pandemiebewältigung statt.

# Abbau der Grenzen – das Herzstück des europäischen Projekts

Lange Zeit verstand man unter Grenzen die Trennlinien zwischen souveränen Staaten. Im Rahmen des europäischen Projektes ließen die Ideale der Einheit und des Friedens jedoch eine Neukonzeption heranreifen. Im proeuropäischen Diskurs kam es zu einer Bedeutungsverschiebung – von der Grenze als Hindernis hin zur Grenze als Raum für Austausch und Kooperation. Die Aufhebung der Binnengrenzen wurde zu einem starken Symbol für die europäische Integration, doch sind auch immer wieder Rückzugstendenzen wahrzunehmen.

## Vom Symbol der Macht zum Symbol des Miteinanders

Die Vorstellung von der Grenze als durchgehende und rechtlich festgelegte Linie eines souveränen Staats ist ein historisches Produkt des neuzeitlichen Europas. Diese Vorstellung setzte sich ab dem 17. Jahrhundert und insbesondere mit dem Westfälischen Frieden (1648) durch, der die territoriale Souveränität der Staaten auf genau definierten Gebieten verankerte. In seinem Werk *L'obsession des frontières*<sup>6</sup> erläutert Michel Foucher, wie Grenzen zu einem Instrument für die Stabilisierung von Machtverhältnissen zwischen konkurrierenden Nationalstaaten wurden und sich politische Macht in einer konkreten räumlichen Verortung konstituierte. Damit setzte sich in Europa eine lineare Logik der räumlichen Aufteilung durch, die von der Entwicklung der Kartografie, des Völkerrechts und der staatlichen Bürokratie gefestigt und später im Zuge der Kolonialisierung und der Bildung postkolonialer Staaten exportiert wurde. Benedict Anderson spricht vom Entstehen „imaginärer Gemeinschaften“ (*imagined communities*) auf genau definierten, aber auch veränderbaren Gebieten, in denen die Staaten ausgehend von einer gemeinsamen Sprache und eines gemeinsamen historischen Eingliederungsnarrativs den Aufbau nationaler Identität vorantrieben<sup>7</sup>.

Im Zug der Entstehung und Festigung der europäischen Nationalstaaten dienten die Grenzen der Stärkung des nationalen Zusammenhalts, waren aber auch Herde verheerender Konflikte. In der

---

6. M. Foucher, *L'obsession des frontières*, Paris, Perrin, 2007.

7. B. Anderson, *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London, Verso Books, 1983. Siehe auch T. K. Schippers, „La frontière dans l'imaginaire identitaire en Europe“, in C. Desplat (dir.), *Frontières. Actes du 125e Congrès national des sociétés historiques et scientifiques*, Lille, 2000, S. 79-86.

Region Elsass-Mosel etwa, die zu Zeiten der deutsch-französischen „Erbfeindschaft“ das Zentrum der Auseinandersetzungen bildete, wurde die Bevölkerung im Laufe der Kriege zwischen zwei nationalen Zugehörigkeiten, und somit auch zwischen zwei Sprachen und zwei historischen Erzählungen hin- und hergerissen. Frankreich hatte das Gebiet Elsass-Mosel nach der Niederlage von 1870-1871 an das Deutsche Reich abgetreten, doch fiel es nach dem Ersten Weltkrieg erneut an Frankreich, bevor es im Zweiten Weltkrieg wiederum vom Dritten Reich annektiert und 1945 schließlich in die Französische Republik eingegliedert wurde. Zwar stehen die beiden Regionen heute für die deutsch-französische Aussöhnung, doch teilen sie dieselben vergangenen Wunden, Identitätskonflikte, kulturellen Brüche und Traumata – wie etwa die Geschichte jener jungen Elsässer und Mosellaner, die während des Zweiten Weltkriegs als „Malgré-nous“ zwangsweise in die deutsche Wehrmacht eingezogen wurden.

In den 1950er Jahren leitete der Start des politischen Projekts Europa auf Grundlage der deutsch-französischen Annäherung schließlich einen Paradigmenwechsel ein. Mit dem Willen, Jahrhunderte der innereuropäischen Kriege zu beenden und eine Friedensordnung zu schaffen, erfolgte auch eine Neuinterpretation des Begriffs „Grenze“, die zu einem Ort der Überwindung, zu einem Symbol der Offenheit, der Begegnung und der Zusammenarbeit wird. Bereits 1953, und damit zehn Jahre vor der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags, formulierte die Präfektur Straßburg den Wunsch: „Grenzen dürfen für ihre Anwohner nicht das Ende einer Welt bedeuten.“<sup>8</sup> Hier spiegelt sich die Definition des Juristen Paul de La Pradelle aus der Zwischenkriegszeit. In *La frontière: étude de droit international* [Die Grenze: eine völkerrechtliche Studie] betont er, dass Grenzen nicht als bloße „Begrenzungen“ oder „Abgrenzungen“ zu verstehen sind, sondern als „komplexe territoriale Räume“, die der Zusammenarbeit dienen<sup>9</sup>.

Für diesen Umdeutungsprozess fungieren die Grenzregionen selbst und speziell der deutsch-französische Raum, sowie im weiteren Sinne auch das Rheingebiet als zentrale Akteure. Sie sind die ersten, die die Wirkung der europäischen Integrationsbemühungen erfahren – beginnend mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im April 1951. In den 1950er und 1960er Jahren entstehen dort zahlreiche pro-europäische Initiativen, die in politischen und zivilgesellschaftlichen Kreisen der Grenzräume wurzeln. „Männer der Grenze“<sup>10</sup> wie der

---

8. Archive des Départements Bas-Rhin, 544D220, Informationsblatt, Präfektur Straßburg, 16/06/1953. Zitiert von C. Defrance und U. Pfeil, „Penser et vivre la frontière dans les relations franco-allemandes“, in H.-J. Lüsebrink, C. Polzin-Haumann und C. Vatter (dir.), „Alles Frankreich oder was?“ – Die saarländische Frankreichstrategie im europäischen Kontext [La France à toutes les sauces ? – La Stratégie France de la Sarre dans le contexte européen], Bielefeld, Transkript, 2017, S. 67-81, hier S. 75.

9. Siehe B. Perrier, „La ‚frontière‘ nach Paul De La Pradelle“, *Borders in Globalization Review*, 1 (1). 2019, S. 127-32.

10. B. Béthouart, „Culture démocrate-chrétienne et identité européenne: idéalisme et/ou pragmatisme ?“, *Revue française d'histoire des idées politiques*, 2016/1, Nr. 43, S. 273-288, hier S. 284.

Lothringer Robert Schuman, Initiator der EGKS, und der Rheinländer Konrad Adenauer – beide von christdemokratischer Prägung –, waren die treibende Kraft hinter den ersten Initiativen für europäische Annäherung und Kooperation. Neben dem Engagement dieser Persönlichkeiten lässt sich generell in der deutsch-französischen Region ein ausgeprägtes pro-europäisches Engagement verorten, das die Aufhebung nationaler Grenzen als natürlichen Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses versteht. Die Grenzregionen waren es, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland die ersten deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften hervorbrachten – mit Ausnahme des Saarlandes, dessen Status damals noch Gegenstand heftiger Spannungen war<sup>11</sup>. Junge Föderalisten starteten symbolische Initiativen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen:

So brannten junge Europäer am 6. August 1950 die Holzbarrieren an einem deutsch-französischen Grenzübergang bei Wissembourg nieder, um die Schaffung eines europäischen Parlaments, Vertrags und Passes zu fordern. An zahlreichen kleinen Grenzübergängen kam es in der Folge zu ähnlichen Aktionen. Einer der Teilnehmer dieser Aktionen im August 1950 war ein gewisser Helmut Kohl. Rückblickend führte dieser sein Engagement für die europäische Integration auf dieses Gründungsereignis zurück<sup>12</sup>.

## Binnen- und Außengrenzen

Die Aufgabe der physischen Binnengrenzen vollendet die Bedeutungsverschiebung von der territorialen Begrenzung hin zu einem Raum der Öffnung und Kooperation. Frankreich und Deutschland, die sich ab den 1980er Jahren für die progressive Aufhebung der Kontrollen an ihren Grenzen und den freien grenzüberschreitenden Verkehr engagieren, leisteten auch hier Pionierarbeit. Im 1984 unterzeichneten „Saarbrücker Abkommen“ bekräftigten sie ihr Bewusstsein, dass „die immer engere Union zwischen den Völkern der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften ihren Ausdruck im freien Überschreiten der Binnengrenzen durch alle Angehörigen der Mitgliedstaaten (...) finden muss“ und bekunden ihr „Bestreben, die Solidarität zwischen ihren Völkern dadurch zu bekräftigen, dass die Hindernisse für den freien Verkehr über die gemeinsamen Grenzen (...) aufgehoben werden.“<sup>13</sup> Kaum ein Jahr später folgen die Beneluxstaaten und beschließen mit Deutschland und Frankreich das Schengener Übereinkommen, das auf denselben Prinzipien fußt, die letztendlich 1997 im Vertrag von Amsterdam verankert werden und damit

11. C. Defrance und U. Pfeil, *op. cit.*, S. 76.

12. *Ibid.*, S. 77.

13. Abkommen zwischen der BRD und Frankreich über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze (Saarbrücken, 13. Juli 1984).

über die Unterzeichnerstaaten hinaus Rechtskraft entfalten<sup>14</sup>. Auch die 1986 unterzeichnete und 1987 ratifizierte Einheitliche Europäische Akte zur Schaffung eines „Raums ohne Binnengrenzen“ ist in der Kontinuität einer Entwicklung zu verstehen, die den freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital innerhalb der Europäischen Gemeinschaft vereinfacht.

Allein der Ausdruck „Binnengrenzen“ verkörpert die neue, im pro-europäischen Diskurs bis heute verbreitete Auffassung von Grenzen. In einem (idealerweise) als Einheit konzipierten europäischen Raum werden diese als künstliches Konstrukt verstanden und sind zum anachronistischen Symbol einer vergangenen, durch Kriege geprägten Zeit geworden. Demgegenüber stehen deren Aufhebung und der freie Verkehr als Versprechen für kulturelle Öffnung und als Bollwerk gegen die Nationalismen. In diesem Sinn erscheinen Binnengrenzen eher als Barrieren für den Handel und wirtschaftlichen Wettbewerb, wohingegen ökonomischer Wohlstand nur durch ihren Wegfall erreicht werden kann. So wie das europäische Projekt für eine gemeinsame Souveränität steht (und nicht für deren Aufgabe, wie aus gewissen Kreisen zu hören ist), setzt das Ende der physischen Grenzen voraus, den Nachbarn als Partner und nicht als Konkurrenten oder gar Feind zu betrachten.

Grenzen überschneiden sich heute nicht mehr zwingend mit einer festen staatlichen Linie, völlig verschwinden lässt sie das aber nicht. Ausgehend vom Begriff der „*frontière mobile*“<sup>15</sup> [bewegliche Grenze] zeigte Anne-Laure Amilhat Szary, dass sich diese anderweitig manifestieren und sich in Raum und Zeit bewegen. Beweglich werden sie etwa, wenn sich der Ort, an dem die Grenzflüsse kontrolliert werden, verlagert, z.B. an die EU-Außengrenzen oder in Drittstaaten wie Libyen oder die Türkei. Die vom Schengener Abkommen angestoßene Aufhebung der *Binnengrenzen* ist daher mit einer zunehmenden Betonung der *Außengrenzen* verbunden, die als tatsächliche Verteidigungslinien des europäischen Raums artikuliert werden. Sie sind heute die eigentlichen Grenzen der Union, denen eine zentrale Rolle für die Sicherheit des EU-Raumes zugesprochen wird. So hat der Rat anlässlich des 40-jährigen Schengen-Jubiläums „ein entschlossenes Management unserer Außengrenzen, eine wirksamere Bekämpfung der irregulären Migration und ein hohes Maß an innerer Sicherheit“ als Voraussetzung für ein Europa ohne Binnengrenzen gefordert<sup>16</sup>.

Mit diesem Paradigmenwechsel vollzieht sich auch eine Neudefinition des Begriffs der Souveränität, der immer stärker im Sinne einer

14. Übereinkommen zwischen den Beneluxstaaten, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, 14. Juni 1985.

15. A.-L. Amilhat Szary und F. Giraut (dir.), *Borderities. The Politics of Contemporary Mobile Borders*, Basingstoke, Palgrave MacMillan, 2015.

16. Rat der EU, « 40 Years and Beyond – Schengen Declaration – A Joint Commitment to Freedom, Security and Justice », 10068/25, 12. Juni 2025.

gemeinsamen Gouvernance verstanden wird. Auch die Gründung der Agentur Frontex im Jahr 2004 darf dahingehend interpretiert werden, da diese eine gemeinsame Verwaltung der Außengrenzen auf Grundlage einer verstärkten polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten koordinieren soll. Die Kontrolle von Mobilität wird damit zur supranationalen Aufgabe und erschließt sich als eine Form gemeinsamer Souveränität in der Europäischen Union



# Verhandlungsraum Grenze

Die wiederholten Versuche, erneut Kontrollen an den Binnengrenzen einzuführen, verdeutlichen das anhaltende Spannungsverhältnis zwischen Sicherheits- und Mobilitätsanforderungen, zwischen einer Logik der Abgrenzung und dem Wunsch nach Zusammenleben. Die Region um die Grenze erschließt sich als ambivalenter Raum, der die Möglichkeit für Kontakt, Austausch und Zusammenleben bietet, aber auch einen Verhandlungsraum für Spannungen und Konflikte darstellt.

## Schengenraum und nationale Spannungsfelder

Der Schengenraum basiert zwar auf dem zentralen Prinzip der Freizügigkeit, doch ist seit den 2000er Jahren ein zunehmender Trend zu erneuten Binnengrenzkontrollen zu beobachten, der das Ideal eines grenzenlosen Europas zunehmend infrage stellt. Die Mitgliedstaaten haben im Fall einer ernsthaften Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der nationalen Sicherheit die Möglichkeit, vorübergehend Kontrollen einzuführen und haben von dieser bereits mehrmals Gebrauch gemacht. In Frankreich beispielsweise werden seit den Terroranschlägen von 2015 Kontrollen durchgeführt und regelmäßig über den ursprünglich vorgesehenen Zeitraum (30 Tage, verlängerbar auf bis zu sechs Monate) hinaus verlängert. Doch auch Deutschland greift seit Herbst 2024 zu dieser Maßnahme, ebenfalls vor dem Hintergrund von Anschlägen und dem Aufstieg der extremen Rechten. Durch die sukzessiven Migrations-, Terror- und Gesundheitskrisen etablierte sich nach und nach ein Narrativ der Sicherheit, das der Union die Durchlässigkeit ihrer Grenzen („frontières passoires“ [Grenzen wie ein Sieb] anlastet und vor allem von euroskeptischen und nationalistischen Bewegungen propagiert wird, die überdies mit identitären und wirtschaftlichen Argumenten am Prinzip der Öffnung rütteln.

War die Forderung der Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen lange Zeit das alleinige Anliegen der extremen Rechten, findet dieses mittlerweile auch in anderen Kreisen Anklang. Bezeichnenderweise schrieb ihr der engagierte Europäer Friedrich Merz im Zuge seines Amtsantritts 2025 Priorität zu und kündigte die Einführung dauerhafter Kontrollen an. Seine Forderung lässt sich als Ausdruck einer Entwicklung verstehen, die Deutschland seit der Wiedereinführung vorübergehender Grenzkontrollen im September 2024 verfolgt. Im selben Jahr wurden über sechs Millionen Kontrollen durchgeführt – doppelt so viele wie 2023. Einer selektiven Logik folgend fand der Großteil dieser Kontrollen an der Ostgrenze zur Tschechischen Republik und zu Polen statt (3.465.000 bzw. 979.000 Kontrollen). Die deutsch-schweizerische Grenze, die täglich von zahlreichen in Deutschland lebenden Grenzgängern aus beruflichen Gründen passiert



wird, war dagegen nur geringfügig im Visier (31.000 Kontrollen). An der französisch-deutschen Grenze kam es 2024 zu 156.565 Kontrollen<sup>17</sup>.

Im proeuropäischen Diskurs ist die Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen eine Übergangsmaßnahme, die bis zum „tatsächlichen“ Funktionieren des Schengen-Systems wirken soll. Diese Sichtweise, die schon in den ersten Debatten zur Freizügigkeit in den 1980er Jahren auftauchte, offenbart das wachsende Spannungsverhältnis zwischen dem europäischen Ideal einer Integration ohne Grenzen und den wahrgenommenen Erfordernissen für die nationale Sicherheit. Insofern werden hier die beschränkten Möglichkeiten einer europäischen Gouvernance deutlich, die beim Grenzmanagement noch Unsicherheiten aufweist. Im Kontext der aktuellen Reform des Schengenraums spiegeln die Forderungen nach Kontrollen implizit eine Rückkehr zu der Auffassung wider, dass nationale Grenzen allen voran eine Schutzfunktion hätten: Sie reaktivieren das Bild des souveränen, eigenständigen Staatsgebiets, gepaart mit einem Misstrauen gegenüber den Nachbarstaaten, die als unfähig angesehen werden, Migrationsströme zu kontrollieren oder Sicherheit zu gewährleisten.

So gesehen ist es wenig überraschend, dass sich allen voran die Grenzregionen gegen die Wiedereinführung der Grenzkontrollen auflehnen. Lokalpolitische Figuren nehmen aktiven Anteil an der öffentlichen Debatte, wie etwa der Oberbürgermeister von Saarbrücken, in seinem Schreiben an den französischen Staatspräsidenten und den deutschen Bundeskanzler vom 24. Januar 2025, oder der Oberbürgermeister von Kehl und die Oberbürgermeisterin von Straßburg, in ihrer gemeinsamen Erklärung am Europatag 2025<sup>18</sup>. Erneute Grenzkontrollen stellen nicht nur eine administrativen Hürde dar. Für die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Gebiete bedeuten sie einen gravierende Einschnitt in den Alltag, da viele von ihnen auf ihrem Arbeitsweg tagtäglich die Grenze passieren. Schätzungen zufolge pendelten beispielsweise im Jahr 2023 täglich mehr als 14.000 französische Grenzgänger ins Saarland<sup>19</sup>. Neben den praktischen Hürden fördern die Maßnahmen aber vor allem das Gefühl einer Peripherisierung der Grenzräume und lösen in der Bevölkerung Frustrationen und Spannungen aus. Sie stehen in völligem Widerspruch zu der zentralen Lage der Regionen und dem Streben nach einem gemeinsamen Alltagsraum, das nur noch als Einheit begriffen werden kann<sup>20</sup>. Zwar lässt sich schwer messen, wie diese Peripherisierung genau auf das Wahlverhalten einwirkt, feststellen lässt sich aber, dass –

17. Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Büniger, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe DIE LINKE, Drucksache 20/15031, 20. Februar 2025.

18. Verschärfung der Grenzkontrollen: gemeinsame Erklärung von Jeanne Barseghian, Oberbürgermeisterin von Straßburg, und Wolfram Britz, Oberbürgermeister von Kehl, 9. Mai 2025.

19. „Frontaliers originaires de France“, Observatoire interrégional du marché de l'emploi, letztmals aktualisiert am 10. Dezember 2024.

20. J. Barseghian und W. Britz, *op. cit.* Zu den konkreten Herausforderungen siehe Interview von C. Demesmay mit C. Arend, „Les enjeux du transfrontalier dans l'avenir de la relation bilatérale franco-allemande“, *Allemagne d'aujourd'hui*, 2023/2, Nr. 244, S. 36-39.

insbesondere auf der französischen Seite der Grenze – ein Teil dieser Regionen verstärkt auf nationalistische Diskurse spricht. So erreichte der *Rassemblement national* bei den französischen Parlamentswahlen 2024 im Großteil der Grenzwahlkreise des Départements Moselle die Mehrheit.

## Zukunftslabor oder regionale Ausnahme?

Die Auffassung, dass sich an einer Grenze ein Gebiet entwickeln kann, das nicht für ein Neben- sondern ein Miteinander steht, zog das Entstehen spezieller Gouvernance-Strukturen nach sich – wie die Eurodistrikte, die nach dem Subsidiaritätsprinzip funktionieren. Sie greifen an der Stelle, wo der traditionelle staatliche Rechts- und Handlungsrahmen an seine Grenzen stößt und als unzureichend für die Umsetzung grenzüberschreitender Kooperationsprogramme in den Bereichen Raumplanung, Verkehr, Gesundheit, Bildung und Tourismus erlebt wird. Doch kann dieser „juristische Baukasten“ nicht alle bestehenden Herausforderungen<sup>21</sup> zufriedenstellend bedienen. Als erschwerend erweisen sich grundlegende politisch-administrative Systemunterschiede zwischen dem deutschen Föderalismus und französischen Zentralismus. Die Natur der Beziehung zwischen Regionen und Zentralstaat ist zudem von der jeweiligen politischen Kultur geprägt, und so kommt es in Bezug auf Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich immer wieder zu Missverständnissen. Überdies führen unterschiedliche Strukturen und institutionelle Prozesse immer wieder zu Missverständnissen im Alltag der bilateralen Zusammenarbeit. Schließlich – und das beschreibt auch die Abgeordnete Brigitte Klinkert in ihrem Informationsbericht über „die Probleme der in den Grenzgebieten von Festlandfrankreich lebenden Franzosen“<sup>22</sup> – fällt es dem französischen Staat immer noch schwer, die spezifischen Herausforderungen dieser Regionen vollständig zu erfassen, obwohl die damit verbundenen Schwierigkeiten keineswegs neu und mittlerweile klar bekannt sind.

Die resultierende Feststellung ist ernüchternd: Trotz der lokalen Begeisterung für den grenzüberschreitenden Austausch erkennt der Staat noch allzu oft den Umfang der Probleme dieser Regionen, die in der staatlichen Politikgestaltung kaum Berücksichtigung finden.

Die Gründe dafür sind vielfach: eine zentralisierte, räumlich ferne Entscheidungsfindung, die Sprachbarriere, zahlreiche, sich überlagernde Verwaltungs- und Territorialstrukturen sowie fehlender Dialog zwischen unterschiedlichen Ebenen und Akteuren<sup>23</sup>.

21. *Ibid.*, S. 8.

22. Assemblée nationale, Informationsbericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Nr. 1023, eingegangen beim Präsidenten der Nationalversammlung am 5. März 2025.

23. *Ibid.*, S. 13.

Der Abgeordneten des Départements Haut-Rhin zufolge zählen Mobilitätsschwierigkeiten zu den großen Knackpunkten: Aufgrund des unzureichenden oder ungeeigneten Angebots an öffentlichem Nahverkehr sind Grenzgänger häufig auf ein eigenes Fahrzeug angewiesen und leiden unter überlasteten Straßen. Besondere Benachteiligung erfahren in dieser Hinsicht ländliche oder industriell geprägte Gebiete mit eher spärlichen oder unübersichtlichen Anbindungsmöglichkeiten, die weit von Stadtzentren entfernt sind. Ein erschwelter Zugang zu Wohnraum und die vor allem im öffentlichen Sektor Frankreichs klaffenden Beschäftigungslücken sind die konkreten Folgen dieser Mobilitätshindernisse. Darüber hinaus verschärfen Lohn- und Kaufkraftunterschiede zwischen den Nachbarländern den Druck auf den Immobilienmarkt, tragen zur Ausgrenzung bestimmter Einwohnergruppen bei und erschweren die Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte. Weitere Spannungen lassen sich etwa in den Bereichen Umweltschutz (Abfallentsorgung, Wasserwirtschaft) oder Gesundheitswesen verorten, in denen zwar einige Initiativen, wie die Vereinbarungen zum „Gesundheitskorridor“, bestehen, die Qualität der Zusammenarbeit jedoch große regionale Unterschiede aufweist.

Nicht zuletzt belastet den grenzüberschreitenden Zusammenhalt der Rückgang des Deutschunterrichts in Frankreich und des Französischunterrichts in Deutschland. Die Verwendung des Englischen ermöglicht allenfalls einfache Gespräche, ist jedoch unzureichend, um einen gemeinsamen Wirtschafts- und Kulturraum zu beleben. Ferner behindert sie die Herausbildung einer echten grenzüberschreitenden Identität. Zwar mangelt es nicht an offen bekundetem Engagement für den Erwerb der jeweils anderen Sprache, doch hält der rückläufige Trend seit Jahren an und hat ein mittlerweile besorgniserregendes Ausmaß erreicht. In dieser Hinsicht ist die 2014 vom Saarland angestoßene und 2024 neu aufgelegte „Strategie France+“ ein vielversprechender Ansatz, bei dem man über die Aufwertung funktionaler Mehrsprachigkeit und interkultureller Kompetenzen an den Schulen, aber auch in der Verwaltung, in den Medien und im Alltag einem pragmatischen Ansatz nachgeht, um sprachliche Zwänge in Ressourcen zu verwandeln. Das Projekt steht für einen proaktiven regionalen Ansatz der Mehrsprachigkeit und könnte anderen europäischen Grenzgebieten als Vorbild dienen.

In ihrem Bericht formuliert die Abgeordnete Klinkert insgesamt 55 konkrete Empfehlungen zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Diese umfassen verschiedene Themenbereiche, beginnend bei der gegenseitigen Anerkennung von Umweltschildechen bis hin zur Intensivierung von Bildungspartnerschaften zur Förderung des Französischunterrichts. Zu den empfohlenen Maßnahmen zählen auch die Bereitstellung von Wohnraum für Beamte in Grenzgebieten, Überlegungen zu einem Sonderstatus für grenzüberschreitende Unternehmen, sowie eine Unterstützung der Gebietskörperschaften bei ihren Finanzierungsvorhaben im Rahmen der europäischen Interreg-Programme. Alle Vorschläge entspringen derselben Grundüberlegung: Um die Herausforderungen der

Grenzgebiete zu bewältigen, bedarf es einer Berücksichtigung ihrer speziellen Bedürfnisse in der Wirtschaftsgestaltung und der Organisation öffentlicher Leistungen.

Allerdings wurden in den letzten Jahren auch zahlreiche bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Nennenswert ist etwa die Abschaffung der Doppelbesteuerung des Kurzarbeitergeldes für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Wohnsitz in Frankreich und Arbeitsort in Deutschland. Während der Pandemie kam es zu der paradoxen Situation, dass diese aufgrund der Kurzarbeit nicht nur ein geringeres Einkommen bezogen, sondern auch in beiden Ländern besteuert wurden. Diese steuerliche Ungleichbehandlung, die bei den Betroffenen für Ärger und Misstrauen gesorgt hatte, wurde vom Bundessozialgericht in Kassel Ende 2021 schließlich behoben. Die Entscheidung markiert das Ende eines langen politischen Tauziehens, an dem unter anderem die Wirtschaftsministerien beider Länder sowie zahlreiche Akteure der deutsch-französischen Zusammenarbeit beteiligt waren. Daneben sind weitere konkrete Projekte in Arbeit, wie etwa das Abkommen über grenzüberschreitende Ausbildungsprogramme. Es wurde im Juli 2023 von den damaligen Außenministern unterzeichnet und zielt darauf ab, rechtliche und administrative Hürden bei der Einrichtung deutsch-französischer Berufsausbildungen abzubauen. Dadurch soll es insbesondere jungen Menschen ermöglicht werden, ihre theoretische Ausbildung in Frankreich und ihre praktische Ausbildung in Deutschland zu absolvieren. Ziel ist es, die berufliche Eingliederung junger Menschen in einer von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Region zu verbessern.

## Bedarfe erkennen und Experimentierfelder schaffen

Der Klinkert-Bericht illustriert das in Europa wachsende Bewusstsein für die Notwendigkeit administrativer Erleichterungen und der Beseitigung von Kooperationshemmnissen in den Grenzräumen. Nicht ohne Grund gab das deutsche Auswärtige Amt 2022 drei Studien zur Stärkung solcher Kooperationen in Auftrag<sup>24</sup>. Auf der Grundlage dieser Arbeiten brachte die Bundesregierung mehrere Initiativen für eine verbesserte Flexibilität in den Grenzregionen an den Start, wie etwa die Einrichtung von Regionalräten (ein deutsch-tschechischer und ein deutsch-dänischer), die Gründung einer interministeriellen Arbeitsgruppe für grenzüberschreitende Koordination sowie die Vorbereitung eines gesetzlichen Rahmens für die Nutzung von Experimentierklauseln<sup>25</sup>. Mit der Verabschiedung der BRIDGEforEU-Verordnung durch das Europäische Parlament im Mai 2025 nimmt diese

24. Die Studien sind auf der Website des *Auswärtiges Amt* abrufbar.

25. Der Entwurf des *Reallabore-Gesetzes* wurde im Mai 2025 beschlossen, das Gesetz wurde wegen der vorgezogenen Parlamentswahlen 2024 noch nicht verabschiedet.

Dynamik nun auch auf europäischer Ebene Gestalt an. Diese sieht die Einrichtung grenzüberschreitender Koordinierungsstellen vor, die rechtliche und administrative Hindernisse identifizieren und diese – nach erfolgter Zustimmung der kompetenten nationalen Behörden – beseitigen sollen. Dabei kommt ein spezieller Mechanismus zur Erleichterung grenzüberschreitender Lösungen zum Einsatz<sup>26</sup>.

Auch auf bilateraler Ebene lässt sich ein verstärktes Bewusstsein wahrnehmen, wie etwa im Vertrag von Aachen aus dem Jahr 2019. Im Kapitel über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sticht ein Punkt besonders hervor: Die betreffenden Gebiete sowie die Eurodistrikte verfügen über „angemessene Kompetenzen, zweckgerichtete Mittel und beschleunigte Verfahren“. Besonders innovativ ist der Passus über die Gewährung von *angepassten Rechts- und Verwaltungsvorschriften einschließlich Ausnahmeregelungen* (Artikel 13, § 2). Zwar ist dieser noch weit von der Ambition einer Experimentierklausel entfernt, die es den Regionen ermöglicht hätte, Maßnahmen außerhalb des nationalen Rechtsrahmens zu erproben und sich so als Laboratorien der europäischen Integration zu positionieren<sup>27</sup>. Tatsächlich relevant wäre eine solche Klausel jedoch nur gewesen, hätte man die regionalen Initiativen langfristig auch allgemein umsetzen können. Nicht nur befassen sich diese mit äußerst spezifischen Herausforderungen der Grenzregionen, sondern hätte eine solche Klausel überdies keinerlei Rechtsgültigkeit. Aus diesem Grund ist im Vertrag vielmehr von „Ausnahmeregelungen“ die Rede: Sie können zwar dauerhaft umgesetzt werden, doch niemals Allgemeingültigkeit erreichen.

---

26. Diese Verordnung stützt sich auf einen Bericht der Kommission zum Erfahrungsrücklauf aus der Pandemie, *EU Border Regions: Living Labs of European Integration*, COM(2021) 293 final, 14. Juli 2021.

27. Zum Konzept des Labors im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, siehe „European Border Regions as “Laboratories” for Cross-Border Cooperation“, zweiter Teil des Werks von A. Lechevalier und J. Wielgoths (Dir.), *Borders and Border Regions in Europe Changes, Challenges and Chances*, Bielefeld, Transkript, 2013, S. 69-156.

# Grenze als Realität und Vorstellung

Wie wird die deutsch-französische Grenze abseits institutioneller Diskurse und politischer Dynamiken aber tatsächlich – im konkreten Alltag und in den Vorstellungen der Bewohnerinnen und Bewohner – erfahren? Das Bürgerbeteiligungsprojekt *Common Ground SaarMoselle* widmet sich zwar einem speziellen Gebiet und kann daher nicht stellvertretend für den gesamten deutsch-französischen Grenzbereich stehen, doch bietet es erste Antworten. Ergänzt wurden die Ergebnisse mit einer zwischen Oktober 2023 und Mai 2024 durchgeführten qualitativen Erhebung zu Vorstellungen und Erfahrungen in Grenzräumen, bei der Familien der Region Saar-Mosel befragt wurden.

## Eurodistrict SaarMoselle – die Bevölkerung gestaltet mit

*Common Ground SaarMoselle* wurde 2023 im Eurodistrikt SaarMoselle ins Leben gerufen, um die Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze mittels lokaler Veranstaltungen in die Mitgestaltung ihres Lebensraums einzubeziehen. Parallel dazu wurde im Mai 2024 ein grenzüberschreitender Bürgerrat gegründet, in dem zwanzig Personen aus dem Eurodistrikt über die Herausforderungen ihres Alltags beraten. Die Mehrheit der Umfrageteilnehmenden empfindet die deutsch-französische Grenze als weitgehend positiv: Fast 90 % der Befragten in jeweils beiden Ländern geben an, das Leben in der Grenzregion zu schätzen. Negative Wahrnehmungen sind sowohl auf französischer als auch auf deutscher Seite nach wie vor dünn gesät und dürften unter anderem mit den Nachwirkungen der Gesundheitskrise und den erlassenen Reisebeschränkungen zusammenzuhängen, die die Grenze vermehrt als Trennlinie erscheinen ließen. Bei der Frage nach der Häufigkeit der Grenzübertritte gab ein Großteil der Befragten an, ein- bis zweimal im Monat ins Nachbarland zu fahren. Auf französischer Seite lässt sich mit durchschnittlich zwei Grenzübertritten pro Woche eine größere Regelmäßigkeit verzeichnen, wohingegen auf deutscher Seite eine Mehrheit der Befragten die Grenze täglich überquert, was wiederum oftmals auf einen Wohnsitz in Frankreich zurückzuführen ist.

Trotz einer allgemein positiven Wahrnehmung des Lebens in ihrer Region erwähnen die Befragten mehrere Hindernisse für die grenzübergreifende Integration. Am häufigsten wird nach wie vor die Sprachbarriere genannt, die sowohl für die soziale Interaktionen als auch für den Zugang zu bestimmten Dienstleistungen als einschränkend empfunden wird. Als unzureichend wird auch das Angebot an grenzüberschreitender Mobilität bewertet: Ein erschwelter Zugang zum



öffentlichen Personennahverkehr, hohe Fahrpreise oder auch der Mangel an geeigneten Fahrradinfrastrukturen werden als hinderlich für die tägliche Fortbewegung eingeschätzt. Darüber hinaus werden Gesundheitsthemen eine zentrale Bedeutung beigemessen: Die Befragten betonen die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, einer Vereinfachung von Krankentransporten und eines garantierten, wohn- und arbeitsortsunabhängigen Zugangs zu Notdiensten im grenzüberschreitenden Ballungsgebiet. Schließlich förderte die Befragung anhaltende Vorurteile gegenüber der jeweils anderen Bevölkerungsgruppe zutage und verdeutlichte die immer noch spürbaren Nachwirkungen der Grenzsicherungen während der Gesundheitskrise, die vor allem auf französischer Seite ein Gefühl der Trennung hinterließen. Analysen zum Pandemie-Krisenmanagement an der deutsch-französischen Grenze kommen übereinstimmend zu dem Schluss, dass 2020 diesbezüglich ein „Wendejahr“ darstellt<sup>28</sup>.

## Zwischen Öffnung und Rückzug: Familien im Grenzgebiet

Auch die qualitative Erhebung zu Vorstellungen und Erfahrungen in Grenzübereich wurde in der Region Saar-Mosel durchgeführt. Forschungsgrundlage bildet eine Befragung von zwölf Familien mit einem oder mehreren Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren – einer Altersgruppe in einer intensiven Entwicklungsphase, die bereits über soziale, kulturelle und politische Zugehörigkeiten reflektiert. Bei der Auswahl der Stichprobe wurde auf Vielfalt geachtet, sowohl hinsichtlich der geografischen Verteilung als auch des sozioökonomischen Profils der Familien, das von benachteiligten bis zu sehr begünstigten und/oder hochqualifizierten Milieus reicht. Vier der Eltern sind deutsch-französische Paare, was in der Region relativ häufig vorkommt. Zwei weitere Familien haben eine Migrationsgeschichte, eine davon mit Bezug zur Türkei, die andere zum Maghreb. Im Hinblick die Wahlerfolge des *Rassemblement national* (RN) in der Region wurden schließlich drei Familien aufgrund ihrer Nähe zu dieser Partei ausgewählt.<sup>29</sup>

28. F. Weber, R. Theis und K. Terrollion (dir.), *Expériences transfrontalières. Les relations franco-allemandes à l'heure de la COVID-19*, Wiesbaden, Springer, 2021, S. 19. Siehe auch K. Clementi, „Ce que la crise sanitaire révèle du rapport à l'espace : le cas de la fermeture de la frontière franco-allemande en Alsace“, *Psychologie française*, Nr. 67, 2022, S. 223–247.

29. Es handelt sich um halbstrukturierte Interviews, die am Wohnsitz der Familie in Anwesenheit mindestens eines Elternteils, oft beider Elternteile, sowie eines oder mehrerer Kinder durchgeführt wurden. Die Quellenangaben für Zitate aus den Interviews sind wie folgt kodiert: Auf den Wohnortcode (FR = Frankreich, DE = Deutschland) folgt die Nummer der Familie und dann die Bezeichnung des Familienmitglieds (M = Mutter, P = Vater, E = Kind; der letzte Buchstabe gibt die ursprüngliche Staatsangehörigkeit der befragten Person an).



## ***Ambivalente Nähe***

Die jeweiligen Schilderungen zeichnen ein kontrastreiches Bild des Grenzraums. Einerseits hat man den Eindruck, in einer eigenständigen Region zu leben, die für ihre besondere geografische Position und die damit verbundenen Möglichkeiten geschätzt wird. Andererseits geht die Nähe zur Grenze auch mit latenten Spannungen einher. Die Mutter der Familie türkischer Herkunft, die auf beiden Seiten der Grenze jeweils lebt und arbeitet und im Alltag drei Sprachen (Französisch, Deutsch und Türkisch) verwendet, beschreibt die Atmosphäre in der Region „eher als ein Getrenntsein als ein Miteinander“ [DE\_4\_MT]. Ebenso spricht eine französische Mutter, die in Deutschland als Tochter einer deutschen Mutter zur Welt kam, in diesem Zusammenhang von schon immer existierenden „kleinen Kriegen“.

[FR\_5\_MF] Schon immer gab es eine gewissen Rivalität zwischen Grenzgängern. Sie wurzelt in der Geschichte und ist fest in den Menschen verankert. Mit der Corona-Krise ist sie dann explodiert. Auf beiden Seiten. Das Problem ist, dass die eine Seite die Beweggründe der anderen nachvollziehen konnte. Aber heutzutage versucht überhaupt niemand mehr, diese zu verstehen. Das macht es für beide Seiten sehr kompliziert.

[DE\_1\_PF] Es herrscht eine gewisse Ängstlichkeit, ich würde es... nein, nicht als Rassismus bezeichnen, es ist... eine Art Fremdenfeindlichkeit gegenüber dem Anderen, wenn man ihn nicht kennt, wenn man seine Sprache nicht spricht, wenn man keinen Kontakt zu ihm hat. Und das kann man auch nachvollziehen. Aber wenn jemand 25 Jahre auf der anderen Seite der Grenze gelebt hat, die Sprache spricht und die Menschen kennt, dann fällt es mir schwer, eine solche Ablehnung zu verstehen. Dabei kommt das immer wieder vor.

Unabhängig davon, ob die beobachteten Spannungen tatsächlich erlebt oder einfach als solche wahrgenommen werden, sind diese oft mit dem Bewusstsein verknüpft, in einer speziellen Region zu leben, in der das Passieren der Grenze Teil des Alltags ist. In sprachlicher Hinsicht ist die Grenze real – gleichzeitig wird die dort stattfindende Mobilität als „selbstverständlich“ empfunden. Für deutsch-französische Familien ist dieses Bewusstsein ein wichtiger Teil ihrer Identität (siehe erste drei Beispiele unten). Es zeigt sich aber auch in einigen mononationalen Familien, wie beispielsweise in Familie [DE\_5], obwohl diese die Sprache des Nachbarn kaum oder gar nicht beherrscht und deren Kinder nach eigenen Angaben keine französischen Gleichaltrigen kennen.

[DE\_3\_MD] Es ist normal geworden und ich schätze das sehr. Es ist also nicht... es ist etwas Besonderes. Und es ist auch etwas... [...] Ich glaube, wir werden hier nicht mehr wegziehen, denn ich fühle mich hier wirklich zu Hause.

[FR\_3\_EFD] Es gibt keine Grenzen. Man geht nach links und rechts, mal ist man in Deutschland, mal in Frankreich, Papa ist Franzose, Mama ist Deutsche, ich will damit sagen, dass das ganz normal ist. [...] Für uns ist das denke ich ganz natürlich.

[DE\_1\_PF] Es ist etwas Ambivalentes, damit meine ich... Es gibt eine offensichtliche Grenze, man spricht ausschließlich Deutsch und hundert Meter weiter ausschließlich Französisch. Aber wir tendieren auch dazu, zu vergessen, auf welcher Seite der Grenze wir uns befinden, und achten nicht darauf. Gleichzeitig müssen wir unbedingt die Grenze überqueren, und zwar in beide Richtungen.

[DE\_5\_MD] Ich kann jederzeit auch auf der andere Seite spazieren, weil die Saar dort nicht so tief ist. Das Ganze ist eigentlich... Hier bei uns, wenn man also hier bei uns die Straße überquert, stößt man unten gleich auf die Saar, und auf der anderen Seite ist dann einfach Frankreich.

Familien, die angeben, dem RN zugewandt zu sein, äußern sich insgesamt kritischer, doch erwähnen einige Personen die mit der geografischen Stellung verbundenen Chancen. Der Vater der Familie [FR\_6] betont beispielsweise, dass es „natürlich“ sei, die Grenze zu überschreiten und setzt dies mit seiner eigenen Zweisprachigkeit in Verbindung.

[FR\_7\_EF] Ich finde unsere Gegend, unsere Region interessant, weil wir in unmittelbarer Nähe zu anderen Ländern leben. Wir haben die Nachbarländer Luxemburg, Belgien, Deutschland und die Schweiz – das ist gar nicht so weit weg. Deshalb finde ich, dass wir uns doch glücklich schätzen können. Denn ... wir haben viele Möglichkeiten, können uns in andere Länder begeben, was uns sehr viel ermöglicht.

[FR\_6\_PF] Für mich war das immer ganz natürlich, da ich fast perfekt zweisprachig bin. Deshalb empfand ich es nie als Nachteil. In einer Grenzregion muss es meiner Meinung nach möglich sein, sich beruflich, kulturell und im Sport dem Nachbarland zu öffnen, es muss einem Chancen eröffnen, für das Studium, für einen Platz am deutsch-französischen Gymnasium oder Ähnliches.

Mehrere Befragte betonen einen Mentalitätsunterschied je nach Seite der Grenze und sehen diesen als zwangsläufige Ursache für Reibereien. Dabei bedienen sie häufig überzeichnete Stereotypen. Eine Person erwähnt beispielsweise die sehr streng ausgeprägte Form des deutschen Gemeinsinns: „Wenn du in Deutschland ein Stück Papier wegwirfst, und ein Polizist sieht dich dabei, droht dir sofort eine Geldstrafe“ [FR\_6\_MF]. Ein junger Mann, der plant, Frankreich zu verlassen und auf die andere Seite der Grenze nach Deutschland zu ziehen, erklärt: „In Deutschland sind die Menschen nett. In Frankreich überhaupt nicht ... sie

sind weder nett noch glücklich und ich weiß nicht warum“ [FR\_5\_EF]. Spannungen werden oft auf Verhaltensweisen zurückgeführt, die als unangemessen oder unhöflich empfunden werden, wie beispielsweise, wenn sich jemand beim Einkaufen nicht in der Landessprache äußert. Ein zweisprachiges Kind aus einer deutsch-französischen Familie erzählt von einer Szene in einer Drogerie in Saarbrücken, die regelmäßig von französischen Kunden besucht wird.

[FR\_2\_EFD] Ich war bei DM und vor mir stand eine Frau. Sie fragte die Kassiererin, ob sie Französisch spreche. Die Kassiererin antwortete ihr – auf Französisch –, dass sie kein Französisch spreche. Daraufhin wurde die Frau wütend und sagte: „Das aber sehr bedauerlich, blablabla“. Aber warum macht sie sich nicht selbst die Mühe, in Deutschland Deutsch zu sprechen?

Häufig äußern die Befragten die Wahrnehmung eines regionalen Ungleichgewichts in der deutsch-französischen Beziehung. Asymmetrien zeigen sich vor allem in Kaufkraftunterschieden, die Spannungen und Ressentiments beflügeln. So verweist ein deutsch-französischer Familienvater darauf, dass die deutsche Nachfrage an französischen Immobilien die Immobilienpreise in die Höhe treiben und die örtlichen Haushalte benachteiligen würde. Eine französische Mutter, die angibt, den *Rassemblement national* zu wählen, kritisiert ihrerseits eine opportunistische Nutzung von Frankreichs vorschulischen Angeboten (*école maternelle*) durch bestimmte deutsche Familien. All diese Aussagen verdeutlichen, dass grenzüberschreitende wirtschaftliche Ungleichheiten zur Entstehung eines Ungerechtigkeitsempfindens beitragen können.

[FR\_2\_PF] Die Deutschen sind die mit den schönen Häusern und Autos. Sie hatten gute berufliche Chancen, konnten sich ein Haus bauen. Die Franzosen sind die, die geblieben sind, also die, die aus der Gegend stammen.... da gibt es vielleicht ein paar Freiberufler, aber viele [...] sind Landwirte oder ehemalige Bergleute. Es handelt sich also um eine ganz andere Art von Bevölkerungsschicht, und der Kontrast zwischen den Häusern ist enorm.

[FR\_6\_MF] Irgendwann muss man sich entscheiden. Entweder schickt man seine Kinder nach Deutschland oder man schickt seine Kinder... [...] Und dann steht man da, wenn alle weg sind: „Oh je, wir haben nicht mehr genug Schüler, dieses Jahr kommt keine Schulklasse zustande.“ Unsere französischen Kinder sind also die Leidtragenden, während die Deutschen davon profitieren. Wir ermöglichen also ein schulisches Angebot im Kindergartenalter, und dann gehen die Kinder weg und für eine Grundschulklasse gibt es nicht mehr genug Schüler, oder Klassen müssen zusammengelegt werden.

## ***Grenze als Schutz vs. Grenze als Öffnung***

Wenig überraschend beschreiben die befragten Familien die Grenzschießungen während der Pandemie als zutiefst verunsicherndes Ereignis, dessen Nachwirkungen für sie noch Jahre danach spürbar sind. Oft ist gar von einem Trauma die Rede. Neben den entstandenen praktischen Schwierigkeiten wird dieser Schritt als harter Bruch mit Jahrzehnten der gelebten Freizügigkeit beschrieben. Viele empfanden die Grenzschießung als eine Gefährdung ihrer gewohnten Lebensweise und manche sogar als Angriff auf ihre Identität. Besonders emotional ist dieses Thema für deutsch-französische Familien:

[DE\_3\_MD] Man hat wieder die Mauern hochgezogen. Das war für uns wirklich ein großer... Also in dieser... ich lebe im Grenzgebiet, und das war wirklich ein Schock. Ich habe mich so eingeengt gefühlt.

[FR\_2\_MD] Es war schrecklich, da wir's auf die harte Tour zu verstehen bekamen. Verdammt, wir sind es nicht gewohnt, eine Grenze zwischen uns zu haben, das war so seltsam. [...] Und an dem Punkt, wo ich gerade bin... Ich habe die Grenze passiert und musste einem deutschen Polizisten meinen französischen Personalausweis zeigen – in Deutschland geboren, in Frankreich eingebürgert – und meine Arbeitserlaubnis für Deutschland. Ich hatte Tränen in den Augen, ich fand das ganz schrecklich, wirklich. Ich hatte das Gefühl, persönlich angegriffen zu werden.

[DE\_1\_PF] Ich traute mich nicht mehr, einkaufen zu gehen. Ich hatte Angst, einkaufen zu gehen. Ich ging nicht mehr aus dem Haus. Einmal bin ich zum Baumarkt. Aber ich bin wieder raus, ohne etwas zu kaufen. Ich habe einfach Angst bekommen.

Nicht wenige Familien sind von der konfliktbehafteten Geschichte der beiden Länder geprägt, weshalb aktuelle Spannungen oft im Lichte der Vergangenheit beurteilt werden. Oft waren Großeltern direkt in Kriege verwickelt und wurden im Laufe der Konflikte zu einem Wechsel der Staatsangehörigkeit gezwungen. Eine der befragten Mütter, deren französischer Großvater 1945 an der Front fiel, engagiert sich aktiv für die deutsch-französische Zusammenarbeit und versteht dieses Engagement als Fortführung des Aussöhnungsprozesses. Sie bewertet die deutschen Grenzschießungen als beunruhigenden Rückschritt. Ein junger Befragter, der aus einer deutsch-französischen Ehe stammt, bekräftigt ebenfalls, dass ihn diese Entscheidung an die kriegerische Vergangenheit erinnere und die Erinnerung an seinen Großvater wachrufe.

[FR\_4\_MF] Ganz ehrlich, ich habe die Stimme meiner Großmutter hören können, nicht die meiner Mutter, sondern die meiner Großmutter. Und ich dachte: Die ändern sich nie. In mir kam das Gefühl auf... die "Boches" [herablassende Bezeichnung für Deutsche]. [...] Ich dachte, die haben einfach

nichts dazugelernt. Und plötzlich sind die alten deutschen Dämonen wieder da. [...] Angesichts meiner Familiengeschichte ist es immer noch ein Wunder, dass ich mich überhaupt für Deutschland interessiere.

[FR\_3\_EFD] Ja, ich glaube, es gibt immer noch Spannungen zwischen Deutschen und Franzosen. Mit der Pandemie sind vielleicht alte Wunden wieder aufgebrochen... Narben, die noch nicht ganz verheilt waren.

[FR\_3\_MD] Ganz genau. Wunden!

[FR\_3\_EFD] Mein Großvater hätte sich bestimmt die Haare gerauft, wenn er das hätte hören und sehen müssen.

Die größten Meinungsunterschiede im Grenzraum bestehen hinsichtlich der Wiedereinführung von Grenzkontrollen. Die neutralste Haltung wird von einer deutschen Familie vertreten, die angibt, nur wenige soziale Kontakte zum Nachbarland zu pflegen, obwohl sie dort ein Grundstück besitzt, auf dem sie ihre Wochenenden verbringt [DE\_5\_PD]. Zwar lässt sich in den Äußerungen des Vaters unterschwellige Kritik wahrnehmen, doch wird die Freizügigkeit als natürlicher Zustand erachtet. Für deutsch-französische Familien und Personen, die sich für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit engagieren, hat die Grenze hingegen eine gewichtigere symbolische Dimension. Sie wird zu einem Identitätsmarker und die Äußerungen sind meist von großer Emotionalität geprägt.

[DE\_5\_PD] Also bin ich ganz ehrlich, eine offene Grenze hat tatsächlich ihre Vorteile. Sie hat auch Nachteile, aber wie gesagt, gerade hier in der Region möchte ich nicht drauf verzichten.

[DE\_3\_MD] Aber ganz ehrlich, insgesamt ist es keine schöne Atmosphäre. [...] Früher hatte man völlige Freiheit, man konnte hin und her und man hat kaum bemerkt, dass da eine Grenze war. So aber entsteht bestimmt kein Zusammengehörigkeitsgefühl.

[FR\_4\_MF] Und außerdem bin ich überzeugte Europäerin, selbstverständlich. Für mich ist das ganz klar. Wir können gerne über die Außengrenzen nachdenken, aber nicht über die Binnengrenzen.

[FR\_2\_PF] Wir sind an einem Ort, an dem sich die Menschen dreimal hintereinander bekriegt haben. Und ihr, ihr spaziert heute bedenkenlos durch den Wald, seid mal auf der einen, mal auf der anderen Seite, überquert tagtäglich die Grenze. Man muss das zu schätzen wissen und sich bewusst machen, welchen Wert das hat. Für mich hat das eine ungeheure Bedeutung. Und es gibt auch Leute, die sagen, dass es toll ist, am Meer zu leben, hinauszuschauen ... Aber ich finde, täglich

mehrmals an den europäischen Sternen vorbeizufahren, erweitert auch den Horizont. [...]

[FR\_2\_EFD] Aber ja, wir sind uns dessen bewusst. Wir wissen, dass es nicht immer so war. Und es ist ganz schön cool, in beiden Ländern sein zu können, oder generell in Europa.

[FR\_2\_MD] [...] Das Ganze ist doch sensationell. Es ist das erste Mal in der Menschheitsgeschichte, dass sich Länder zusammenschließen, um etwas aufzubauen. Wir dürfen das nicht wieder verlieren. Ich persönlich bin bereit für ein föderales Europa, ein starkes Europa mit einer gemeinsamen Ausrichtung, das in Sachen Außenpolitik, Verteidigung, Wirtschaft, und Sozialwesen dieselbe Logik verfolgt.

Demgegenüber unterstützen die drei Familien, die nach eigenen Angaben dem *Rassemblement national* nahestehen, einstimmig die deutsche Entscheidung einer vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen. Im Einklang mit den Positionen der regionalen RN-Abgeordneten versteht man die deutsche Maßnahme als Modell für Frankreich, um die Sicherheit auf dem Staatsgebiet zu verbessern. Nicht die Freizügigkeit wird in den Aussagen als natürlicher Zustand beschrieben, sondern die Grenzkontrollen – die laut den Berichten dieser Familien im Alltag kaum eine Rolle spielen.

[FR\_8\_MF] Ich persönlich denke, dass die Grenzöffnung, na ja... eine Dummheit war, ein Fehler. Und das ist auch logisch. Denn wenn man eine Landesgrenze überquert, ist das normal, dass man kontrolliert wird. Und so würden die Leute auch nicht mehr alles von hier mitnehmen können, wie zum Beispiel Waffen, oder solche Dinge, Drogen...

[FR\_7\_EF] Also ich finde das normal. In Frankreich sollte das auch der Fall sein [...] Ja, ich finde, dass das gut wäre. Dann hätten wir weniger Probleme. Wie etwa... Entführungen. Ja, denn die Menschen würden dann daran denken, dass... naja... an der Grenze kontrolliert wird, dass es keine Möglichkeit gibt. [...] Es bräuchte in Frankreich mehr Grenzkontrollen... Eigentlich in allen Ländern. Und sogar noch strengere als in Deutschland.

[FR\_6\_EF] Ja, genau so wie jetzt, wo sie von allen die Papiere kontrollieren, in einem Reisebus, ich finde das gut, richtig für die Sicherheit. [...] Wir haben ein bisschen vor allen Angst, Angst vor unseren Nachbarn. [...] Und jetzt kann ich mir sagen, dass diese Leute, wenn sie da sind, durchsucht wurden, dass das kontrolliert wurde, zumindest oberflächlich, vielleicht nicht gründlich, aber zumindest wurde oberflächlich kontrolliert, und dann muss ich mir normalerweise keine Gedanken mehr machen.

Die in der Region Saar-Mosel gesammelten Erfahrungsberichte illustrieren, dass die Grenze auf sehr unterschiedliche Weise erlebt wird und die damit verbundenen Vorstellungen sogar im selben Grenzgebiet individuell variieren. Die Wahrnehmungen sind geprägt von dem persönlichen Hintergrund, der Familiengeschichte, aber auch von der politischen Orientierung der Befragten. Einerseits äußern einige deutsch-französische Familien ein starkes Bewusstsein für das „Ausnahmeprojekt Europa“, das sie als Grundlage für Frieden und Verständigung sehen. Sie begegnen der Wiedereinführung von Grenzkontrollen mit Sorge, wie etwa der Saarbrücker Oberbürgermeister, der darin „das Symbol einer dysfunktionalen Partnerschaft“<sup>30</sup> sieht. Andererseits verstehen Familien, die dem *Rassemblement national* nahestehen, die Grenze als Schutz vor den Ungewissheiten der heutigen Welt und sehen in der Freizügigkeit eine vorübergehende Anomalie der Geschichte, das mit der Wiedereinführung von Kontrollen wieder behoben wird. Auch die Beziehung zur Sprache spielt eine wichtige Rolle: Personen, die sich als zweisprachig bezeichnen, darunter auch Wählerinnen und Wähler des RN, tendieren eher dazu, die Möglichkeiten des grenzüberschreitenden Lebens zu schätzen. So erschließt sich die Grenze als starker Identitätsmarker. Von den Verfechtern einer europäischen Vision wird er als ein in beide Richtungen offener Raum verstanden, von den Befürwortern einer stärkeren nationalen Souveränität hingegen als ein zu festigendes Schutzwerk.

---

30. U. Conradt, Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz, 24. Januar 2025.



# Schlusswort

Grenzregionen sind dynamische Lebensräume, die sich durch tägliche Interaktion, aber auch reale Spannungen auszeichnen. Kaufkraftunterschiede, die vor allem am Immobilienmarkt oder beim Zugang zu Dienstleistungen deutlich werden, befeuern Ressentiments und erschweren das Zusammenleben. Ein solches Umfeld begünstigt das Gefühl des Abgehängtseins und erklärt mitunter die Zunahme nationalistischer und euroskeptischer Tendenzen. Zwar bestehen Kooperationsinstanzen und gibt es gemeinsame Projekte, die von staatlichen Institutionen, Unternehmen oder der Zivilgesellschaft vorangetrieben werden, doch entsteht im grenznahen Raum dadurch nicht zwangsläufig das Gefühl von Zugehörigkeit oder eines gemeinsamen, kollektiven Projekts. Um dies zu erreichen, bedarf es ambitionierterer und besser koordinierter staatlicher Maßnahmen zwischen Deutschland und Frankreich, aber auch auf lokaler/regionaler und zentralstaatlicher Ebene:

- **Dem grenznahen Raum politische Priorität einräumen.** Beide Regierungen müssen anerkennen, welche strategische Bedeutung die Grenzregionen für die Zukunft Europas einnehmen. Zwar entstand während der Pandemie dafür ein gewisses Bewusstsein, doch ist dieses noch nicht ausreichend. Allzu oft werden die Bedarfe dieser Gebiete von den Hauptstädten als zweitrangig oder als rein regionale Themen abgetan, wovon nicht zuletzt die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zeugt. Transnationale Fragen müssen in die europäische Politik vollumfassend miteinbezogen werden. Voraussetzung dafür ist eine Intensivierung des Dialogs zwischen regionalen und nationalen Persönlichkeiten, deren Wirken sich auf eine bestimmte Handlungsebene beschränkt. Überdies ist eine umfassendere Lobby-Arbeit in den Hauptstädten vonnöten, in die sich der deutsch-französische Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit oder die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung einbringen könnten.
- **Alltagshürden beseitigen.** Sowohl auf bilateraler als auch auf europäischer Ebene stehen Instrumente zur Verfügung (z.B. *BRIDGEforEU*-Verordnung), um Blockaden auszumachen und zu überwinden. Man muss sie nur nutzen und die Blockaden auch als solche erkennen. Wie gezeigt wurde, mangelt es nicht an konkreten Handlungsempfehlungen, um die bestehenden Hindernisse im Alltag der Bevölkerung zu überwinden. Jetzt geht es darum, von der Analyse zur Umsetzung überzugehen, um die drängendsten Anliegen konkret anzugehen, vor allem im Bereich der Mobilität. Das Beispiel des Kurzarbeitergelds verdeutlicht, dass Fortschritte durchaus möglich sind. Auch wenn der Vertrag von Aachen keine Experimentierklausel

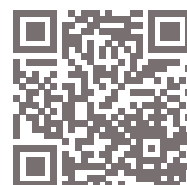
beinhaltet, ermöglicht er bereits juristische und administrative Ausnahmeregelungen. Noch werden diese zu wenig genutzt, obwohl sie doch genau den europäischen Innovationsgeist verkörpern, den es für ein „europäisches Zukunftslabor“ braucht.

- **Bürgerbeziehungen stärken.** Eine Stärkung der Beziehungen zwischen den Grenzbewohnerinnen und Grenzbewohnern ist für den Abbau von Spannungen und Missverständnissen wesentlich. Neben dem Jugendaustausch, einem klassischen Bereich der deutsch-französischen Zusammenarbeit, könnte die Einrichtung partizipativer Formate, wie grenzübergreifender Bürgerversammlungen, insgesamt einen breiteren Dialog fördern. Ein Hindernis bleibt jedoch die Sprache: Der fortschreitende Rückgang der jeweiligen Partnersprache – in Frankreich noch stärker ausgeprägt ist als in Deutschland – erschwert in den Grenzregionen die Verständigung. Die Herausforderung ist klar: Nur ein tatsächliches Begegnen der Menschen, getragen von Dialog und gegenseitiger Anerkennung, kann den Weg zu einer grenzüberschreitenden Gouvernance und – vielleicht – zu einer gemeinsamen Vorstellung von Europa ebnen.

# Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

- P. Maurice, [Ein deutsch-französischer „Reset“? Die Ambitionen des deutsch-französischen Ministerrats - Herausforderungen einer gemeinsamen Führungsrolle in Europa](#), *Ifri's Studies*, August 2025 (Verfügbar auf Französisch)
- A. Lechevalier, [Sozialpolitik in Deutschland: Bilanz der Ampelkoalition und Perspektiven der neuen Regierung](#), *Notes du Cerfa*, No. 188, July 2025 (Verfügbar auf Französisch)
- T. Rühlig, [Die „Huawei-Saga 2.0“ – Europa und Deutschland zwischen Abhängigkeit und Souveränität](#), *Notes du Cerfa*, No. 187, Juni 2025 (Verfügbar auf Englisch)
- J. Ross, N. Téterchen, [Die Deutsch-Französische Brigade und der Wiederaufbau der europäischen Verteidigung](#), *Ifri's Briefing*, April 2025 (Verfügbar auf Deutsch und Französisch)
- M. Krpata, [Friedrich Merz und die „Zeitenwende 2.0“: eine „neue Ära“ für die transatlantischen Beziehungen?](#), *Notes du Cerfa*, No. 186, März 2025 (Verfügbar auf Deutsch und Französisch)
- J. Süß, [Nach den Wahlen: Deutschland auf der Suche nach erschütterter Stabilität?](#), *Ifri's Briefing*, März 2025 (Verfügbar auf Französisch)





27 rue de la Procession 75740 Paris cedex 15 – France

---

Ifri.org